

TOP 3.4.2 Studie „Politische BildnerInnen in Wien 2014“

Die Studie „Politische BildnerInnen in Wien 2014“ wurde in Kooperation mit dem Zentrum für Politische Bildung an der PH Wien von der Arbeiterkammer Wien beauftragt und von SORA durchgeführt. Im Frühjahr 2014 wurden dazu 476 Wiener LehrerInnen aus ca. 80 Schulen nach ihrer Perspektive und ihren Erfahrungen zur politischen Bildung befragt. Damit rückt erstmals der/die Lehrkraft als politischer Bildner bzw. politische Bildnerin ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Ergebnisse zeigten einige positive Bestandsaufnahmen, aber auch viele Aufgabenfelder zur Verbesserung der politischen Bildung.

LehrerInnen finden politische Bildung wichtig: Nicht etwa die Medien, Eltern oder FreundInnen sind für die politische Bildung der SchülerInnen verantwortlich. Aus Sicht von 87 % der Wiener PflichtschullehrerInnen hat die Schule einen wesentlichen Auftrag in der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Politische Bildung beginnt in der Schule außerdem nicht erst mit 10, 14 oder 16 Jahren, die LehrerInnen – insbesondere die VolksschullehrerInnen selbst – sehen hier auch schon die Volksschule gefordert. Jede/r dritte VolksschullehrerIn gibt an, häufig politische Bildung zu unterrichten, weitere 42 % manchmal.

Fast alle LehrerInnen sehen in der Vermittlung von Konfliktlösungskompetenzen eine zentrale Aufgabe der Schule im Bereich der politischen Bildung. Weiters finden LehrerInnen der Sekundarstufe 1 die Vermittlung von kritischem und unabhängigem Denken sowie der Kompetenz, die eigene Meinung vertreten und verteidigen zu können, wesentlich. Man kann hier einen Wandel im Verständnis der Aufgaben der Schulen beobachten: LehrerInnen heute setzen kaum auf Institutionenlehre, vielmehr geht es um die Förderungen von Kompetenzen wie Konflikte zu lösen und kritisches Denken. Deutlich nachgereiht sind die Handlungskompetenz, die Methodenkompetenz sowie die Sachkompetenz.

Aus Sicht der VolksschullehrerInnen ist die Kompetenz, gewaltfrei Konflikte zu lösen (82 %), sowie das Entwickeln und Einhalten von Gesprächs- und Diskussionsregeln (84 %) besonders wichtig. Auffallend sind bei den VolksschullehrerInnen auch die normativen Ansprüche, die sie an ihre politische Bildung stellen: So nimmt die Erziehung zu Toleranz und Gerechtigkeit einen wichtigen Stellenwert ein.

Ein wesentlicher Befund der Studie zur politischen Bildung ist, dass politische Bildung nicht wie andere Unterrichtsgegenstände entsprechend der Lehrpläne und Lehrplanrichtlinien unterrichtet wird. An die Stelle der Fachdidaktik rückt eine subjektive Umsetzung des Lehrauftrages zur politischen Bildung, die stark von der einzelnen Lehrperson abhängt. Über die Hälfte der LehrerInnen verlassen sich in der Vorbereitung häufig auf ihre eigenen Ideen und selbstgestaltetes Material. Neben den eigenen Ideen greifen sie auf Medien (44 %) sowie Schulbücher (35 %) zurück. Nur jede/jeder Zehnte zieht zur Vorbereitung häufig fachdidaktische Literatur, Lehrpläne oder das Kompetenzmodell zu Rate. Die Erfahrungen der SchülerInnen werden vergleichsweise selten von den LehrerInnen aufgegriffen (14 %).

Dabei erscheint das Miteinbeziehen der Erfahrungen und Erlebnisse der SchülerInnen vielen LehrerInnen besonders zielführend. Im eigenen Klassenzimmer gelebte Demokratie schafft den Berichten zufolge ein wesentliches Verständnis für Politik und Demokratie. Nach Selbsteinschätzung der LehrerInnen gelingt ihnen aber die Mitgestaltung und Mitbestimmung des Unterrichts durch die SchülerInnen nur mäßig und oftmals fehlt es an den zentralen Begleitungen sowie Vor- und Nachbereitungen schuldemokratischer Prozesse.

Die alten Ängste vor politischer Bildung als Parteipolitik an Schulen oder die Überforderung der SchülerInnen teilen nur wenige Lehrkräfte in der Mittelstufe (26 % bzw. 15 %). Etwas verbreiteter sind die Ängste noch in der Volksschule (40 % bzw. 36 %). Vielmehr sehen die LehrerInnen Schwierigkeiten

Bereich Bildung, Kultur, Konsumenten, Wien – Aschauer-Nagl

aufgrund struktureller Probleme. So lässt der umfangreiche Lehrplan keine Zeit für politische Bildung (Sek1 56 %, VS 53 %) oder den LehrerInnen fehlt die Ausbildung (Sek1 32 %, VS 30 %), um politische Bildung zu vermitteln. Von diesen Schwierigkeiten berichtet selbst jeder/jede zweite LehrerIn, die Geschichte unterrichten und im Erweiterungsfach den konkretesten Auftrag erhalten.

Die LehrerInnen der Mittelstufe wünschen sich mehr Zeit für politische Bildung in der Schule (58 %), aber auch bessere Lehrmaterialien und Schulbücher (68 %) sowie die Ausweitung des Kombinationsfaches GSK/Politische Bildung auf die 6. Schulstufe (57 %).

Während sich die deutliche Mehrheit der LehrerInnen mehr Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten wünscht, hat bisher nur jeder/jede fünfte der LehrerInnen Weiterbildungen mit mehr als 6 Stunden zur politischen Bildung besucht.

Sowohl für VolksschullehrerInnen als auch für die LehrerInnen der Sekundarstufe 1 konnten verschiedene Typen an politischen BildnerInnen identifiziert werden: der Typ der Partizipativen (41 % der LehrerInnen), der Typ der „Beobachtenden“ (37 %) und der Typ der „Reservierten“ (22 %). Die LehrerInnen der VS teilen sich zu beinahe gleich große Gruppe in „partizipative“ und „reservierte“ politische BildnerInnen. Diese unterscheiden sich hinsichtlich ihrer politischen Sozialisation, ihres politischen Interesses, ihres Selbstvertrauens im Umgang mit Politik und hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber der demokratischen Realität in Österreich sowie gegenüber politischen AkteurInnen voneinander. Gemeinsam ist den drei Typen eine grundlegend demokratische Einstellung und die Ansicht, dass Politik ein Weg ist, um die unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gesellschaft auszugleichen. Abhängig von den in diesen Typen gebündelten individuellen Charakteristiken der LehrerInnen unterscheiden sich ihre Einstellungen zu und ihre Gestaltung von politischer Bildung:

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass viele Lehrerinnen sehr motiviert ihre Rolle als politische BildnerInnen wahrnehmen. Die starke Abhängigkeit der politischen Bildung von individuellen Charakteristiken der LehrerInnen macht gute politische Bildung an Wiener Pflichtschulen jedoch derzeit zu einem Glücksspiel. Soll dem entgegen getreten werden, ist weitere Professionalisierung nötig. Aus der Sicht der AK Wien sollte über eine Präzisierung des Lehrauftrags nachgedacht werden. Das sehr komplexe Kompetenzmodell muss anhand praktischer Anweisungen für den Unterricht konkretisiert werden. Daher fordert die AK die schnellstmögliche Umsetzung der im Regierungsprogramm beschlossenen „Pflichtmodule für politische Bildung“. Diese Module müssen jedoch mit einem durchdachten Weiterbildungsangebot seitens der pädagogischen Hochschulen im Unterricht verankert werden. Bei der Gestaltung von Unterrichtsmaterialien und Weiterbildungen können die unterschiedlichen Ausgangslagen der LehrerInnen (zusammengefasst in den Typen) mitberücksichtigt werden. Im Sinne des Unterrichtsprinzips zentral ist außerdem die Bereitstellung von praktischen Anknüpfungspunkten für alle Fachrichtungen - dort, wo die LehrerInnen sich sicher und wohl fühlen, kann angeknüpft werden.

Da jedoch zu befürchten ist, dass die politische Bildung in der Lehrstoffverteilung weiterhin ein Schattendasein fristet, ist es für die AK Wien unumgänglich einen eigenständigen Gegenstand für politische Bildung und ein damit verbundenes Lehramtsstudium einzurichten. Nur durch eine umfassende Ausbildung der politischen BildnerInnen kann die fachliche Qualität der politischen Bildung in den Wiener Schulen sichergestellt werden.